

## Die Demokratie und das Internet

### Online-Wahlhilfen als Vorläufer der E-Demokratie

Von Andreas Ladner und Jan Fivaz\*

*In der Schweiz können Wähler beliebig kumulieren und panaschieren. Also integrieren nicht nur die Positionen der Parteien, sondern auch die Standpunkte der einzelnen Kandidaten. Online-Wahlhilfen bieten den Wählenden neue Möglichkeiten, sich im breiten Kandidatenfeld besser zu orientieren – was langfristig die Demokratie markant verändern könnte.*

Von den hochfliegenden Plänen, nicht nur bei der direkten, sondern auch bei der elektronischen Demokratie eine weltweit führende Rolle einzunehmen, ist im jüngsten Bericht des Bundesrats vom 31. Mai 2006 zur Einführung des E-Voting nichts mehr zu lesen. Auch scheint das weitere Vorgehen nach dem Abschluss der Pilotprojekte wenig ambitioniert. Dennoch dürfte die Einführung des elektronischen Wählens nur eine Frage der Zeit sein, dafür sorgen die Bemühungen auf den tieferen politischen Ebenen und verschiedene ähnlich gelagerte Bestrebungen im Ausland.

#### «Smartvote»

Bereits realisiert und in ihren Auswirkungen viel einschneidender sind internetbasierte Instrumente, die die Wählenden bei ihrer Informationssuche und Entscheidungsfindung unterstützen. In

len. Entsprechend gut wurde «smartvote» bisher auch benutzt. Bei den Nationalratswahlen 2003 haben sich rund 255 000 Personen eine Wahlempfehlung erstellen lassen. Seither kam dieses Instrument in den Kantonen St. Gallen, Thurgau, Zürich, Bern, Genf und Waadt zum Einsatz. Städtische Wahlen verzeichnen bis anhin die höchsten Benutzerzahlen. In Bern waren es im Herbst 2004 rund 10 000 Personen. Das entspricht einem Drittel der etwas über 30 000 Stimmberechtigten, die damals überhaupt an den Wahlen teilgenommen haben.

Die Funktionsweise von «smartvote» ist einfach. Kandidierende und Wählende beantworten bis zu 70 Fragen zu aktuellen politischen Themen. Die Online-Wahlhilfe berechnet dann aufgrund der Übereinstimmung bei den Antworten eine Rangliste der Kandidierenden. Für die Wählenden wird sofort ersichtlich, wer den eigenen Positionen am nächsten kommt. Bei «smartvote» können sich die Wählenden zusätzlich noch einen grafischen Positionsvergleich mit jedem einzelnen Kandidierenden anzeigen lassen.

Das Wählen gehört zu den zentralen Handlungen einer Demokratie. Daher stellen sich im Zusammenhang mit Online-Wahlhilfen eine Reihe von brisanten Fragen: Inwiefern berücksichtigen die Wählenden diese von einem Computer berechneten Wahlempfehlungen? Das Internet wird vor allem von jüngeren Personen benutzt, die sonst den Wahlen eher fernbleiben. Könnte «smartvote» Auswirkungen auf das Wahlergebnis haben, indem neue Bevölkerungskreise zur Wahlteilnahme motiviert werden? Zwar kann man sich bei «smartvote» auch eine Wahlempfehlung für Listen bzw. Parteien erstellen lassen, zentrales Element ist aber die Wahlempfehlung für einzelne Kandidierende. Verleitet dies die Wählenden zu verstärktem Panaschieren? Verliert die Parteizugehörigkeit der Kandidierenden zugunsten der von ihnen vertretenen Positionen in den einzelnen Sachfragen an Bedeutung?

Möglicherweise ergeben sich auch Konsequenzen für die Kandidierenden und für die an den Wahlen beteiligten politischen Parteien: Positionieren sich Kandidierende bei «smartvote» strategisch und nicht gemäss ihren wahren Präferenzen, um so möglichst viele Panaschierstimmen zu erhalten? Auch ist denkbar, dass die Parteien ihre Kampagnen auf solche Online-Wahlhilfen ausrichten, indem sie beispielsweise stärker darauf achten, dass ihre Kandidierenden den Wählenden ein möglichst breites Spektrum an Positionen anbieten.

#### Von den Kandidierenden geschätzt

Die bis anhin durchgeführten Befragungen unter den Kandidierenden zeigen, dass diese die Form der Selbstdarstellung bei «smartvote» durchaus schätzen. Dies gilt vor allem für die Kandidierenden auf den hinteren Plätzen der Parteilisten, da diese in den übrigen Medien kaum je berücksichtigt werden. «Smartvote» ist in dieser Beziehung ausgesprochen fair. Alle Kandidierenden werden gleich behandelt, unabhängig von ihrem Bekanntheitsgrad oder ihren finanziellen Ressourcen. Zwischen 35 und 50 Prozent der Kandidierenden sind der Ansicht, dass «smartvote» ihnen im Wahlkampf genützt hat. Von den übrigen ist

der Grossteil der Ansicht, dass die Wahlhilfe keine Auswirkungen gehabt hat. Kaum jemand hat negative Auswirkungen angesprochen.

Am wichtigsten war «smartvote» für die Medien. Es bietet gerade den Printmedien gute Möglichkeiten, die politischen Profile der Kandidierenden und von deren Parteien auf anschauliche Weise zu präsentieren. Daraus resultiert aber auch für Parteien und Kandidierende ein zusätzlicher Werbeerfolg. Interessant ist, dass die Kandidierenden angeben, die Fragen primär nach ihren eigenen politischen Vorstellungen beantwortet zu haben, und diesbezüglich sowohl der Parteileitung wie auch dem Parteiprogramm eine deutlich geringere Bedeutung zuschreiben. Dies ist ein Hinweis darauf, dass die Kandidierenden in den Schweizer Parteien über eine weit reichende Meinungsfreiheit verfügen und diese auch tatsächlich wahrnehmen.

#### Auswirkungen auf das Wahlverhalten

Auch auf Seiten der Wählenden liegen erste Erkenntnisse aus Umfragen vor. Die soziodemographischen Angaben über die «Smartvote»-Nutzer bestätigen, dass die Website besonders häufig von jüngeren Männern mit einem überdurchschnittlichen Einkommen und einem grossen Interesse an Politik genutzt wird. Rund drei Viertel der Befragten geben an, dass sie von «smartvote» in ihrer Wahlentscheidung beeinflusst worden sind. Jeweils knapp ein Drittel sagt, dass sie deshalb auch Kandidierende von für sie sonst unüblichen Parteien gewählt oder dadurch grundsätzlich vermehrt panaschiert haben. Etwa jede sechste Person wurde zudem durch «smartvote» angeregt, ihre eigenen politischen Positionen zu überdenken und sich weiter zu informieren. Das Angebot wird von den Wählenden in der Umfrage überwiegend als sehr positiv beurteilt.

Die Möglichkeiten des Internets dürfen somit nicht unterschätzt werden. Der Kreis der Nutzer weitet sich aus; entscheidend für Online-Wahlhilfen dürfte schliesslich sein, ob und wann E-Voting eingeführt wird. So wäre es – zumindest technisch – ohne weiteres möglich, dass ein mit Online-Wahlhilfe generierter Wahlzettel elektronisch per Mausklick auf eine staatliche E-Voting-Plattform transferiert und dort in die virtuelle Urne geworfen wird. Im Januar 2005 wurde ein kombiniertes System aus «smartvote» und E-Voting anlässlich der Studentenratswahlen an der Universität Bern erfolgreich getestet.

Die Einführung des E-Voting könnte weiteren Online-Diensten Tür und Tor öffnen. So könnten z. B. auch Online-Entscheidungshilfen für Abstimmungen oder Internetplattformen, die über laufende Unterschriftensammlungen für Referenden oder Initiativen informieren und auf denen man auch gleich seine Unterschrift abgeben kann, angeboten werden. In diesem Sinn könnte das E-Voting als Katalysator für eine E-Democracy dienen. Gerade vor diesem Hintergrund gilt es aber, gewünschte und allenfalls unerwünschte Wirkungen genauer zu untersuchen. Auch dürften sich Fragen stellen, wie weit solche Plattformen kommerziell genutzt werden dürfen. Ziel des NCCR-Forschungsprojektes (vgl. Kasten) ist es, hierzu einen Beitrag zu einer fundierten Diskussion zu leisten.

#### Ins Licht gerückt

### Hilfe zur Selbsthilfe bieten

Remigius Faesch –  
Arzt und Vorsteher der Basler GGG



«Der Sinn für die Allgemeinheit schwindet.»

Remigius Faesch

er. «Werden Sie den Zweckartikel unserer Gesellschaft zitieren?» Sicher, ist er doch ein für das soziale Basel verpflichtender und berühmter Satz. «Berühmt wohl nicht mehr», meint der Basler Arzt Remigius Faesch beim Gespräch in seiner Praxis bedauernd. «Dabei hat er nichts von seiner Gültigkeit verloren, im Gegenteil; er gewinnt an Bedeutung in einer Zeit, in der sich abzeichnet, dass wir auf eine geteilte Gesellschaft zusteuern: Die einen werden Wissen und Geld haben, die andern ohne Bildung und ohne Geld sein.»

Der zu zitierende Satz lautet: «Die Beförderung, die Aufmunterung und die Ausbreitung alles dessen, was gut, was löblich, was gemeinnützig ist, was die Ehre und den Wohlstand des gemeinen Wesens, was die Glückseligkeit des Bürgers und des Menschen überhaupt erhöhen und vermehren kann, hat ein Recht auf die Aufmerksamkeit der Gesellschaft.» Dieser mit altmodisch klingenden Worten gespickte Satz bringt die Ziele einer Basler Institution zum Ausdruck, den in Basel unter dem Kürzel GGG nach wie vor auch die meisten Kinder kennen, unterhält die GGG doch auch «Allgemeine Bibliotheken» mit ihren jährlich rund 30 000 Benutzern. Gegründet wurde die «Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige» anno 1777 vom damaligen Ratschreiber Isak Iselin, zu einer Zeit also, als Armut und Not herrschten, Kinderarbeit üblich und der Analphabetismus verbreitet war.

Der Verein mit über 3100 Einzel- und rund 280 Kollektivmitgliedern hat sich zu einer «sozialen Holding» entwickelt, der rund 90 Organisationen mit über 3300 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen angehören. Ein gutes Drittel von ihnen arbeitet ehrenamtlich, auch Faesch. Er war Intensivmediziner am Kantonsspital Basel, dann, erzählt er amüsiert, wagte er den in den Augen vieler seiner Kollegen «medizinsozialen Abstieg». Er etablierte sich vor 12 Jahren als «Familien- und Hausarzt». In der GGG ist er zuständig für das Ressort Arbeit, Integration und Beratung und amtiert in diesem Jahr auch als Vorsteher der Institution, die sich für Bildung und Kultur, Kinder, Jugendliche, Familien, Betagte, Kranke, Behinderte, Ausländer und Arbeitslose einsetzt.

Ohne die Freiwilligen, erklärt er, wäre die Arbeit nicht zu bewältigen. Allerdings nehme die Bereitschaft ab, sich gemeinnützig zu engagieren, ebenso wie die Spenderfreudigkeit der Bevölkerung. Er korrigiert damit die verbreitete Meinung, in der GGG seien fast alle Basler Bürger und ein Grossteil der hier lebenden Bevölkerung Mitglied. Auch dass ihr regelmässig Legate reicher Familien in Millionenhöhe vermacht würden, entspricht nicht der Wirklichkeit.

Heute, so Faesch, werde die GGG vielfach nur noch als Begriff für eine soziale Angebotspalette verstanden, aus der man sich bedienen könne. «Die gesellschaftlichen Strukturen verändern sich; der Sinn für die Allgemeinheit und das Interesse für historische Zusammenhänge schwinden.» Angesichts der unzähligen sozialen Einrichtungen wäre es nach Meinung von Faesch sinnvoll, Kräfte und Geldmittel zu bündeln. Für ihn, der einer alteingesessenen Familie angehört, scheint es selbstverständlich, sich sozial zu engagieren. «Ich lebe in einem sicheren Land, ich hatte die Möglichkeit zu studieren, ich habe einen faszinierenden Beruf, es geht mir gut – Gründe genug, etwas zugunsten derjenigen zu tun, die nicht so privilegiert sind.»

In der GGG erlebt er sozusagen auf kollektiver Ebene, was ihm in seiner Praxis auf individueller Ebene begegnet: «Beziehungslosigkeit innerhalb der Familie, Menschen, die sich nicht mehr zurechtfinden, Arbeitslosigkeit, gepaart mit psychischen Problemen, vor allem bei Jugendlichen. Die Arbeitslosenquote von Jugendlichen bis 24 Jahre beträgt in Basel inzwischen über 6 Prozent, die meisten von ihnen haben ein sprachliches und/oder psychisches Handicap oder sind körperlich behindert. Wir bieten ihnen Hilfe zur Selbsthilfe – mit Erfolg, denn die meisten finden eine Anstellung.»

Ein anderes Projekt, sagt Faesch, habe bisher keinen grossen Anklang gefunden. Familien mit Kindern werden günstige Wohnungen angeboten mit der Auflage, dass sie sich um in unmittelbarer Nachbarschaft lebende ältere Menschen kümmern, wobei vor allem ein Kontakt zwischen den Kindern und den Älteren angestrebt wird. «Vielleicht müssen wir das «Drei-Generationen-Projekt» in der Öffentlichkeit bekannter machen. «Tue Gutes und sprich nicht darüber» – eine solche vornehme Zurückhaltung kann sich auch eine GGG nicht mehr leisten.»

#### Demokratie unter der Lupe

se. Das NCCR «Challenges to Democracy in the 21st Century» ist ein vom Schweizerischen Nationalfonds gefördertes, interdisziplinäres Schwerpunktprogramm, welches die Herausforderungen der Demokratie unter den Vorzeichen von Globalisierung und wachsendem Medien-Einfluss untersucht. Das Programm umfasst 18 Forschungsprojekte; die Koordination erfolgt an der Universität Zürich. Weitere Informationen finden sich unter [www.nccr-democracy.unizh.ch](http://www.nccr-democracy.unizh.ch).

der Schweiz haben sich Wissenschaft und Politik noch kaum mit den Chancen und Risiken solcher Instrumente befasst. Dabei sind erste Versionen bereits seit Jahren im Einsatz. Die ersten Online-Wahlhilfen wurden in den Niederlanden entwickelt ([www.stemwijzer.nl](http://www.stemwijzer.nl)) und mit grossem Erfolg eingesetzt. Ähnliche Web-Dienstleistungen wurden in Deutschland ([www.wahl-o-mat.de](http://www.wahl-o-mat.de)), in Österreich ([www.wahlkabine.at](http://www.wahlkabine.at)) und in anderen Ländern eingeführt. Auch die Schweiz kennt mit «smartvote» ([www.smartvote.ch](http://www.smartvote.ch)) eine solche Wahlhilfe, die schon mehrfach und auf sämtlichen Ebenen angeboten wurde.

Hierzulande sind solche Wahlhilfen besonders sinnvoll, da die Wählenden panaschieren und kumulieren können. Während in anderen Ländern lediglich einige wenige Parteien zur Auswahl stehen, müssen Wählende in der Schweiz oft aus mehreren hundert Kandidierenden auswäh-

\* Andreas Ladner ist Professor für öffentliche Verwaltung und institutionelle Politik am IDHEAP Lausanne und Projektleiter des Projektes «smart-voting» im Rahmen der NCCR-Forschungsarbeit «Challenges to Democracy in the 21st Century». Jan Fivaz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in diesem Projekt.

## Rhein (14) – Schaffhausen



Ganz ruhig, geradezu als See präsentiert sich der durch ein Kraftwerk gestaute Rhein in Schaffhausen, der ersten Schweizer Stadt, die sich dem Fluss zuwendet. Hier ist er für kurze Zeit noch einmal nicht Grenzfluss, sondern vollumfänglich schweizerisches Gewässer. Flussaufwärts ist die «Rhibadi» zu erkennen, die Badeanstalt der Stadt, in der sich im Sommer

zeigt, wer in der Stadt etwas auf seinen Körper hält. In Schaffhausen ist rheinabwärts vorläufig wieder Schluss mit der Schifffahrt. Wo sich heute das Kraftwerk befindet, standen den Booten einst Stromschnellen im Weg. Zusammen mit dem Rheinfall zwangen sie die Waren vorübergehend auf den Landweg. (Bild Christoph Ruckstuhl)